

Tagungsbericht Regionalforum Hamburg

8.-10. Juni 2020, nur im Livestream

Aufgrund der Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie fand das Regionalforum Hamburg ausschließlich in digitaler Form statt. Im Mittelpunkt stand die Betrachtung jüdischen Lebens in Deutschland und Hamburg. Inhaltliche Themen waren die Herausforderungen jüdischen Lebens, die Organisation in Verbänden und Organisationen und der Kampf gegen Antisemitismus.

Mitwirkende des **ersten Teils**, der sich **jüdischem Leben in Deutschland** mit seiner **kulturellen Vielfalt zwischen Tradition und aktuellen Herausforderungen** widmete, zählten der Pianist **Igor Levit** und **Prof. Dr. Miriam Rürup**, Direktorin des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden. Durch die dreitägige Veranstaltung leitete **Korbinian Frenzel**, Redaktionsleiter Primetime, Deutschlandfunk Kultur.

Vorab begrüßte der Staatsrat a. D. und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft e. V. **Dirk Reimers** die online zugeschalteten Gäste. Er betonte die 1700-jährige Tradition jüdischen Lebens im deutschsprachigen Raum. „Juden und jüdische Kultur gehören zu Deutschland und sie sind ein Teil unserer Identität“. Reimers unterstrich die Notwendigkeit von Kommunikation und Nähe, um Stereotype und Verhaltensweisen gegenüber Jüd*innen aufzubrechen, um eine nachhaltige Bekämpfung von Antisemitismus zu bewirken.

Zu Beginn des Gesprächs verdeutlichten *Levit* und *Rürup*, dass das Problem Antisemitismus ohne die Berücksichtigung der anderen Felder Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht behandelt werden könne. Bei der Diskussion über Ausgrenzung von Jüd*innen dürften andere Ausgrenzungsmechanismen nicht außer Acht gelassen werden.

Das Problem der Identitätszuschreibung bildete den ersten Schwerpunkt des Gesprächs. Sowohl *Levit* als auch *Rürup* stellten heraus, dass Jüd*innen in Deutschland immer wieder als „jüdisch“ bezeichnet und in eine besondere Kategorie eingeordnet würden. „Ich will eigentlich nur Pianist sein“, betonte daher *Levit*. Jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland seien nach wie vor nicht selbstverständlich. Dies werde *Rürup* zufolge durch regelmäßige Differenzenerfahrungen weiterhin verfestigt. „Diese Gesellschaft reproduziert selbst ihre ausgegrenzten Gruppen“, so erläuterte *Rürup*. Trotzdem sehe sie die Hoffnung, dass die Selbstverständlichkeit der jüdischen Kultur und des jüdischen Lebens in Zukunft erreicht werden könne.

Abschließend äußerten *Rürup* und *Levit* ihre Wünsche im Kampf gegen Antisemitismus und was gegen Antisemitismus helfen könne. *Rürup* beleuchtete negative Auswirkungen von Vorurteilen, gab jedoch auch der Hoffnung Ausdruck, dass sich aus der Auseinandersetzung mit Vorurteilen auch ein positives Instrument der Vergemeinschaftung bilde, wodurch das gemeinschaftliche Leben einfacher werde. Doch auch Rechtsinstrumente wurden von *Rürup* als ein wichtiges Mittel gegen Antisemitismus betrachtet. *Levits* Wunsch bezog sich auf das persönliche Verhalten jedes einzelnen Menschen. Ihm zufolge solle man auf die eigene Sprache achten und man könne und müsse nicht schweigen. „Es lohnt sich zu agieren, es lohnt sich zu streiten, es lohnt sich zu diskutieren“ so *Levit*.

Im **zweiten Teil** des Forums ging es um die **Vielfalt jüdischen Lebens im Alltag innerhalb und außerhalb von Verbänden**. Dazu diskutierten **Dr. Karen Körber**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden, **Benjamin Fischer**, Leiter der Stabsstelle Digitale Transformation, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V. und **Monty Ott**, Vorsitzender von Keshet Deutschland e. V.

Daniel Botmann, Geschäftsführer des Zentralrats der Juden in Deutschland hob in seiner Begrüßungsrede die Arbeit der jüdischen Gemeinden hervor und unterstrich deren Leistung und Bedeutung für die jüdische Gemeinschaft.

Einen **musikalischen Beitrag** boten die Sopranistin **Sigalit Feig** und der Akkordeonist **Tobias Tinker** mit jiddischen und israelischen Liedern dar.

Zentraler Punkt der Diskussion war die Arbeit der jüdischen Verbände unter dem Einfluss der jungen jüdischen Generation, die für eine Wiederbelebung der Aktivitäten Sorge. Dazu zählten nach *Fischer* insbesondere jüdische Studierendenbewegungen und regionale Bewegungen. Dadurch ergebe sich aber auch ein Spannungsfeld zwischen der jungen Generation, die aufgrund ihrer Aktivitäten neue Forderungen in die Verbandsarbeit einbrächten und der alten Generation, die laut *Fischer* ein eindimensionales Narrativ über das Judentum pflegten. Das Wichtigste in der Verbandsarbeit, das betonte *Fischer* ausdrücklich, sei dennoch die pragmatische und konstruktive Arbeit, um die Gemeinden zu stärken und neue Akzente zu setzen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Diskussion über die jüdischen Gemeinden als Orte des Diskurses und der Darstellung des vielfältigen jüdischen Lebens in Deutschland. Als Hauptaufgabe der Gemeinden sah *Ott* das Aufzeigen der Unterschiedlichkeit des Jüdischseins, da die jüdische Gemeinschaft in Deutschland auch genauso so sei. Hierbei übernahmen die Gemeinden als wichtigster Ort der jüdischen Gesellschaft eine besondere Funktion, weshalb ganz bewusst auf die Schaffung von Räumen für queere Jüd*innen neben den Gemeinden verzichtet würde. Dadurch könne eine Sichtbarkeit für die Wichtigkeit von queeren Ansichten für die Gesellschaft geschaffen werden.

Abschließend gingen die Diskutant*innen auf ihre persönlichen Erfahrungen in der Gesellschaft ein. Die größten Problemfelder ergaben sich für *Ott* und *Fischer* dann, wenn sie sich als Juden zu erkennen gaben. „Ich bin aufgewachsen in einem Land, in dem mir bis heute die Nationalität abgesprochen wird, in dem Moment, wo ich mich als Jude zu erkennen gebe.“, so *Fischer*. *Ott* bestätigte diese Erfahrung, wonach Jüd*innen in der öffentlichen Wahrnehmung zwar irgendwie zur Gesellschaft dazu gehörten, aber doch nicht ganz Teil des Ganzen seien. Das führe dazu, dass man als jüdischer Mensch immer irgendwie ausgeschlossen und eine innergesellschaftliche Differenz aufgebaut werde. *Ott* appellierte an die Gesellschaft, ihren eigenen Standpunkt zu reflektieren, um die eigene Perspektive auf das Judentum kritisch zu hinterfragen.

Am **dritten Tag** und Abschluss der Konferenz diskutierten die Mitwirkenden, wie **jüdisches Leben in Deutschland gestärkt und Antisemitismus bekämpft** werden könne. Eingeladen waren **Nissar Gardi**, Leiterin des Projektes empower – Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, Arbeit und Leben DGB / VHS Hamburg e. V., **Isabel**

Said, Leiterin der Abteilung Integration, Zivilgesellschaft und Opferschutz, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg und **Philipp Stricharz**, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Hamburg.

In ihrer Begrüßung setzte **Dr. Melanie Leonhard**, Senatorin für Arbeit, Soziales, Familie und Integration der Freien und Hansestadt Hamburg, ein klares Zeichen gegen Antisemitismus und Populismus: „Es gibt viele Verschwörungstheorien und Mythen. Das Ziel ist klar, es geht um Spaltung der Gesellschaft und die Propagierung von Antisemitismus. Dieser zersetzenden Menschenfeindlichkeit setzen wir eine solidarische und offene Gesellschaft entgegen.“ Dem Hamburger Senat sei es ein „wichtiges Anliegen, dass Menschen jüdischen Glaubens sich öffentlich sichtbar zu ihrem Glauben bekennen können“, so die Senatorin.

Zu Beginn stand die Stärkung des jüdischen Lebens in Deutschland und die Schaffung von Begegnungen im Mittelpunkt, um jüdisches Leben in der Gesellschaft sichtbarer zu machen. **Stricharz** sah darin einen entscheidenden Baustein gegen Antisemitismus. Er betonte die Schwierigkeit im Kampf gegen Antisemitismus dadurch, dass viele Menschen die „Inhalte des Judentums gar nicht kennen.“ Zur Stärkung jüdischen Lebens gehörten aber auch Beratungsstellen für Jüd*innen, worauf **Said** verwies.

Stricharz stellte die Wichtigkeit der Sichtbarkeit jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit heraus, um Antisemitismus entgegenzutreten. „Jeder Jude, der in Hamburg mit einer Kippa durch die Stadt geht, führt zu mehr Normalität.“ Die Wiedererrichtung der Synagoge am Hamburger Bornplatz bspw. sei ein Zeichen der Stärkung und der Sichtbarkeit. **Stricharz** zufolge solle der Fokus der Debatte weniger auf Antisemitismus liegen, sondern viel mehr über die Betroffenen gesprochen werden, „deren Lebensqualität in irgendeiner Form beeinträchtigt ist.“

Gardi gab Einblicke zu antisemitisch motivierten Gewalttaten. Nur ein minimaler Bruchteil der polizeilich markierten Vorfälle würde abbilden, was bei der Beratungsstelle „empower“ auch ankäme. Die Dunkelziffer der Vorfälle sei ihrer Meinung deutlich höher. **Gardi** appellierte zudem für eine frühere und bessere Unterstützung in ihrer Arbeit durch die Behörden. Auch im schulischen Alltag würden viele Vorfälle nicht gemeldet werden, da die Schulen behördlich angewiesen würden, möglichst wenig weiterzugeben.

In diesem Zusammenhang, so **Stricharz**, sei ein weiterer Schritt zu weniger Antisemitismus, dass Lehrer*innen besser auf antisemitische Vorfälle vorbereitet werden, indem sie mehr Wissen über das Judentum vermittelt bekämen. Dadurch könnten nicht nur Vorfälle, sondern auch die jüdische Perspektive erklärt werden.

Die Mitwirkenden äußerten abschließend den Wunsch, dass die Zusammenarbeit und der Austausch von Wissen zwischen den Behörden in Hamburg und den Beratungsstellen gegen Antisemitismus verbessert werde, um frühzeitiges Handeln zu ermöglichen.